

zurückkehren und ferner dort ihre Tätigkeit ausüben, woher sie gekommen sind. Das ist aber durchaus nicht immer der Fall. Der Antrag würde also den Zweck, den er verfolgt, nicht erreichen, und ich bitte, es bei der bisherigen Gepflogenheit zu belassen.

Der Antrag 51 wird abgelehnt.

Lipinski-Leipzig: Wir waren höchst überrascht, daß uns diesmal für das nächste Jahr die Ehre zuteil werden soll, den Parteitag zu empfangen. Wir haben seit Jahren diesen Wunsch ausgesprochen. Leipzig ist die Geburtsstadt der Sozialdemokratie und hat stets bewiesen, daß es die Traditionen der Partei hochhält. Ich habe im Auftrage der Leipziger Delegierten für den erteilten Auftrag zu danken. Wir werden bemüht sein, Ihnen einen durchaus würdigen Empfang in Leipzig zu bereiten. (Bravo!)

Inzwischen sind die Vorschlagslisten eingegangen.

Für den Parteivorstand werden vorgeschlagen als Vorsitzende Bebel und Singer, als Kassierer Gerisch, als Sekretäre Ebert, Moskauer, Müller und Pfannkuch, als Beisitzerinnen Helene Grünberg und Luise Zieg.

Als Mitglieder der Kontrollkommission werden vorgeschlagen: Bod-Gottha, Braun-Königsberg, Brey-Hannover, Brühne-Frankfurt a. M., Dorn-Mürnberg, v. Elm-Hamburg, Ernst-Berlin, Ged-Offenburg, Hilbrand-Stuttgart, Kaden-Dresden, Kleemann-Leipzig, Koenen-Hamburg, Sasse-Bochum, Timm-München, Ulrich-Offenbach, Clara Zetkin-Stuttgart.

Singer teilt mit, daß Dorn-Mürnberg wegen Arbeitsüberhäufung auf eine etwaige Wahl verzichtet.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

## Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 19. September 1908 — Vormittags-Sitzung

Singer eröffnet um 9 Uhr die Sitzung mit folgender Mitteilung: Es liegt eine Erklärung des Genossen Segitz vor, welche lautet:

„Ueber die Mitteilung, welche ich dem Parteitage von einem Gespräch zwischen dem Parteigenossen Eichhorn und anderen Genossen gemacht habe, wurde ich nicht von dem Genossen Käppler informiert, was ich auf dessen Wunsch hiermit bestätige.“

Die Erklärung geht zu Protokoll.

Es folgt Punkt 8 der Tagesordnung:

„Die Reichsfinanzreform“.

Hierzu gehört die Resolution 124.

Das Wort erhält der Berichterstatter Genosse

Geyer: Ich will mich mit Rücksicht auf die beschränkte Zeit des Parteitages einer gedrängten Skizze befleißigen. Mit der sogenannten Reichsfinanzreform wird ein frivoles Spiel getrieben, nicht allein durch die Geheimnistuerei mit den neuen Plänen, sondern auch insofern, als man seit vielen Jahren die Vorpiegelung einer Reformierung der Reichsfinanzen für neue Steuerborlagen agitatorisch ausgenutzt hat. Aber niemals ist dem Reichstag ein gesundes, grundlegendes Projekt zu einer Reichsfinanzreform von den verbündeten Regierungen unterbreitet worden. Eine wirkliche Reform der Reichsfinanzen könnte nur darin bestehen, daß eine gerechte Verteilung der Steuerlasten erfolgt. Heute werden die Hauptlasten den arbeitenden Klassen aufgewälzt. Das ist nicht nur ungerecht, sondern auch unwirtschaftlich. Der Massenkonsum wird fortgesetzt durch indirekte Steuern um Hunderte von Mil-

tionen belastet. Wenn einmal eine große Summe indirekter Steuern bewilligt wurde, so wurde die Frage der Finanzreform zurückgestellt, bis die Not drängte, und das frivole Spiel begann von neuem. Es wurde oft wiederholt; dafür sorgten schon die immer größer werdenden Forderungen für Militarismus und Marinismus. Die ungeheuren Ausgaben für militärische Zwecke haben die Reichsfinanzen ruiniert, ihnen ist auch das neueste Defizit geschuldet. Ähnlich wird aber auch den bürgerlichen Parteien angst. Sie wissen, daß die Bewilligung von Steuern ihnen die Sympathien weiter Volkstheile kostet. Der süddeutsche demokratische Abgeordnete Hausmann hat kürzlich in Luttlingen richtig gesagt: „Es handelt sich bei der Reichsfinanzreform nicht um eine Regeneration der Reichsfinanzen, sondern der Gesamtpolitik, die diese Finanzreform verschuldet hat.“ Aber gerade die bürgerlichen Parteien, auch das Zentrum, tun nichts dazu, um diese Regeneration der Gesamtpolitik zu vollziehen. Das würde bedeuten eine Beseitigung der bisherigen Militär-, Marine- und Kolonialpolitik, denn gerade diese zerrütteten die Finanzen des Reiches. Von dem Budget 1908, das sich auf circa 2750 Millionen Mark beläuft, verschlingt allein der Militarismus 1500 Millionen Mark. Eine Regeneration der Gesamtpolitik würde auch bedeuten eine Beseitigung der jetzigen Zoll- und Steuerpolitik, die zugunsten der Agrarier die Massen belastet. 1250 Millionen fließen den Agrariern durch den Zolllarif vom Jahre 1903 in die Taschen.

Was nun das neue Projekt des Reichsschatzsekretärs Sybott anlangt, so ist es wohl am treffendsten gekennzeichnet von dem freimüthigen Abgeordneten Träger, der jüngst in Oldenburg sagte: Die in Aussicht stehende Reichsfinanzreform sei nichts als eine wohlwollende Umschreibung für Steuererhöhungen. Das haben wir längst festgestellt.

Die Entwicklung der deutschen Reichsfinanzen ist eine für das Deutsche Reich äußerst traurige und beschämende. Wenige Jahre nach der Gründung des heutigen Deutschen Reiches begann schon die Finanznot. Die fünf Milliarden der französischen Kriegsschuldigung wurden sehr bald aufgebraucht. Die Einnahmen des Reiches flossen damals aus Zöllen, aus den Zuck-, Salz-, Tabak-, Bier- und Branntweinsteuern und den Ueberschüssen der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen sowie der Post- und Telegraphenverwaltung. Reichten sie nicht aus, so mußten die Matrifularbeiträge herhalten. Die Ausgaben betragen bis 1878 jährlich durchschnittlich 350 Millionen. Davon wurden 250 Millionen durch die Einnahmen aus Zöllen und Steuern und der Rest durch ungedeckte Matrifularbeiträge aufgebracht. Die Einzelstaaten drängten natürlich nach Beseitigung der Matrifularbeiträge, durch welche ihr Etat schwer belastet wurde. Dieses Drängen der Einzelstaaten und die Steigerung der Ausgaben für das Heer, die kommen mußten nach dem Ausspruch Moltes: Was wir mit den Waffen errungen haben, muß mit den Waffen fünfzig Jahre lang verteidigt werden, führte dazu, daß Bismarck zur Schutzzollpolitik überging. Zunächst wollte Bismarck nur einige extragewöhnliche Finanzzölle auf Tabak, Kaffee, Petroleum, Spirituosen und Wein haben. Als dann aber 1876 die schutzöllnerische Agitation der Agrarier und Züchtler einsetzte, kam ihm dies sehr zu flatten. Er schwante um und trieb fast diese Agitation an. Das Ergebnis dieser Schutzzollpolitik war der Zolllarif.

Der Zolllarif von 1879 sollte dem Reich 300—400 Millionen Mark neue Steuern bringen. Unser leider viel zu früh verstorbenen Genosse Brade geißelte es damals in seiner Schrift, daß dem Volk 300 Millionen neue Lasten auferlegt werden sollten. Er wurde vor den Habi geschleppt. Aber nach Einführung des Zolllarifes ergab sich die Richtigkeit seiner Behauptungen. Neben dem Zolllarif wurde in bezug auf die Matrifularbeiträge eine besondere Be-

Nimmungen geschaffen insofern, als die über 180 Millionen hinausgehenden Einnahmen der neuen Zölle den Bundesstaaten überwiesen werden sollten. Die Ueberweisungen haben zeitweise die Matrikularbeiträge weit überschritten, so daß die Einzelstaaten Geschenke vom Reich erhielten. In den letzten Jahren aber sind die Matrikularbeiträge wieder ständig höher als die Ueberweisungen, so daß man von ungedeckten Matrikularbeiträgen spricht. Als die Hunderte von Millionen neuer Einnahmen aus dem Zolltarif nicht ausreichten, wurden die Getreidezölle von 1 Mk. pro Doppelzentner auf 3 und später auf 5 Mk. erhöht, obgleich früher Bismard erklärt hat, man müsse ihn für verrückt halten, wenn man annehme, daß er die Getreidezölle auf 3 Mk. erhöhe.

Bis 1906 sind die Einnahmen aus den Zöllen und Steuern auf 1800 Millionen Mark angeschwollen. Trotzdem die Summe nach Inkrafttreten des neuen Zolltarifs wieder gestiegen ist, haben wir doch wieder ein so großes Defizit zu verzeichnen. Schon 1906 betrug das Defizit bei einem Reichsetat von 2400 Millionen mit der Anleihe zirka 800 Millionen, 1907 ebensolch und 1908 betrug die Anleihe 280 Millionen, das Defizit im Ordinarium 124 Millionen. Freiherr v. Stengel gab damals als Hauptursache die erhebliche Steigerung der Ausgaben für die Naturalverpflegung im Heeresetat an. Damit beschäftigt auch die Regierung, daß die Ausgaben für den Militarismus der Hauptgrund des Defizits sind. Zur Beseitigung des Defizits forderte die Regierung 1906 neue Steuern in Höhe von 225 Millionen. Der Reichstag bewilligte nur etwa 170—180 Millionen. Aber infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse und des Verjagens einiger Steuern, besonders der Fahrartensteuer, kamen nur 140—150 Millionen ein. Für den kommenden Etat haben wir noch mit einem größeren Defizit zu rechnen. Bekanntlich sind der Regierung im vorigen Jahre keine neuen Steuern bewilligt worden. Freiherr v. Stengel legte sein Steuerbudget nicht vor, um den Bestand des Blochs nicht zu gefährden. Er demissionierte, und sein Nachfolger, Herr Sydow, erschien mit der sogenannten Reichsfinanzreform.

Das Defizit, das jetzt zu decken ist, beläuft sich auf 410—420 Millionen. In offiziellen Nachrichten zufolge soll es sogar 500 Millionen betragen. (Hört! hört!) Darüber, wie das Defizit gedeckt werden soll, hat die Regierung uns im Dunkeln gelassen.

Die Geheimnistuererei, die mit der Finanzreform getrieben wird, übertrifft alles bisher Dagewesene. Es ist auch nicht möglich gewesen, etwa durch Veröffentlichung die neuen Steuerpläne in die Öffentlichkeit fidern zu lassen. Da hat nun vor acht Tagen der Reichsschatzsekretär Sydow in der „Nordd. Allg. Ztg.“ einige Grundsätze über die neue Reichsfinanzreform bekanntgegeben. Aber näheres erfahren wir nicht. Er kündigt eine große, umfassende Reorganisation der gesamten Finanzverwaltung an. Aber über die Art hat er verdammt wenig verlauten lassen; nichts als Stimmungsmacherei für die Bewilligung der neuen Steuern; eine Jeremiade über das Wachstum der Schulden des Reiches: 4½ Milliarden jetzt schon, und im Laufe des Jahres ist ihr Anwachsen auf zirka 5000 Millionen berechnet. (Hört! hört!) Im Vordergrund der Reform, sagt Sydow, muß eine stete Schuldenreduktion stehen, und die Vermeidung neuer Schulden für unproduktive Anlagen. Ach, wenn der neue Schatzsekretär erst seine Hunderte von Millionen erhalten hat, wird er froh sein und an eine Schuldentilgungsform nicht denken, denn sonst müßten die angeforderten Summen noch viel höher sein als zirka 500 Millionen. Neue, große Forderungen für Heer und Marine sind schon wieder in Sicht, sie können bei den neuen Steuern noch gar nicht berücksichtigt werden. Dann aber heißt es in der offiziellen Auslassung, es muß der Versuch gemacht werden, auf eine längere Reihe von Jahren — zum

mindesten ein Jahr fünf — die Grundzüge des Finanzplanes festzulegen. Eine dunkle, aber schwerwiegende Andeutung.

Soll das Budgetbewilligungsrecht des Reichstages auf fünf Jahre außer Kraft gesetzt werden? Etwas anderes kann diese Erklärung gar nicht bedeuten. Dem Reichstage muß das Recht bleiben, namentlich die Einnahmen und Ausgaben im voraus zu bestimmen. Auch die Matrikularbeiträge sollen geändert werden. Das ist nichts neues. Man will sie „beredeln“; nicht mehr nach der Kopfzahl, sondern nach der Leistungsfähigkeit der Steuerertragnisse der einzelnen Bundesstaaten sollen sie umgelegt werden. Ueber dieses Problem zerbrechen sich die Schatzsekretäre seit langen Jahren den Kopf, ohne eine Lösung zu finden. Wir werden die Pläne der Regierung abwarten müssen.

Ueber die direkten Steuern enthält das offiziöse Communique nichts anderes, als daß man die Nachschußsteuerung weiter ausbauen wolle. Und doch ist die Einführung direkter Steuern für das Reich brennend geworden, und sie wird auch aus dem Bloch heraus gefordert, von Nationalliberalen und Freisinnigen. Aber nicht nur die Konserverativen, die Agrarier, auch das Centrum ist gegen direkte Steuern. Nicht einmal eine gründliche Reform der Erbschaftsteuer wagt die Regierung vorzuschlagen. In den Kreisen der Agrarier hat man die Erbschaftsteuer mit so sinnigen Gründen bekämpft, daß selbst ein Mann wie Adolf Wagner sich mit scharfen Worten gegen die von jener Seite vorgebrachten Argumente gewandt hat. Aber damit kam er schon an. Die „Deutsche Tageszeitung“ ist über ihn hergefallen und hat ihn gehörig abgefanzelt. Nur wir Sozialdemokraten sind für direkte Steuern, weil die indirekten Steuern die Arbeiter am meisten belasten. Das erkennen auch die anständigeren der Gegner unserer Bewegung an. Aber die Masse der Besitzenden kämpft gegen die Einführung direkter Steuern an. Charakteristisch ist ein Ausspruch von Adolf Wagner: „Gerade die „oberen“ Klassen, ihre politischen Parteien, ihre Vertreter in den Parlamenten, im Reichstage sollten es als Ehrensache, die Konserverativen als die Konsequenz des Noblesse oblige ansehen, für die Einführung einer solchen Reichserbschaftsteuer, die sie selbst mit zu tragen haben, in der Debatte über die Reichsfinanzreform mit einzutreten, ihr ein solches Banner vorzutragen, um die Pflichten gegen die Reichsfinanzreform zu erfüllen.“ Aber das alles nützt nichts, die bürgerlichen Parteien, speziell die Agrarier, kämpfen gegen die direkten Steuern und plädieren scharf für indirekte.

Welche indirekten Steuern beschlichtigt nun die Regierung uns vorzulegen? Darüber hüllt sie sich in Schweigen. Gerade in diesen Tagen wird das neue Finanzprogramm in Berlin von den Finanzministern beraten, selbstverständlich unter strengster Geheimhaltung. Es ist der Plan einer Mehrwertsteuer durchgedacht, und diese Forderung wird hauptsächlich von den Agrariern propagiert. Ob die Regierung dafür ist, ist zweifelhaft. Noch vor zwei Jahren hat der preussische Finanzminister sich in der Budgetkommission des Reichstages scharf gegen ein solches Projekt gewandt. Aber wenn Finanzminister neue Steuern brauchen, dann lassen sie bekanntlich ihre Grundsätze fahren und nehmen, was sie kriegen können. Weiter hat man gesprochen von der Erhöhung der Biersteuer, einer Besteuerung des Tabaks, einer Reform der Branntweinsteuer, von einer Forderung der Weinsteuern, von einer Steuer auf Infrate und besonders soll eine Gas- und Elektrizitätssteuer eingeführt werden. (Hört! hört!) Ueber die Höhe der Summe, die aus diesen einzelnen Steuerquellen fließen soll, ist noch kein Sterbenswörtchen verlautet. Bedenkt man aber, daß 400—500 Millionen erforderlich sind, um das Defizit zu decken,

so kann man sich lebhaft vorstellen, daß die Steuern ungewöhnlich hoch sein müssen. Nach einer Mitteilung des „Berliner Börsencourier“ soll sich die Besteuerung auf Gas und Elektrizität auf 5 Proz. belaufen und 60 Millionen bringen. Das Bier soll 30 bis 40 und der Tabak 40 bis 50 Millionen einbringen. Was aus der Branntweinsteuer fließen soll, ist noch nicht bekannt, man spricht lediglich von einer Reformierung dieser Steuer. Ob damit eine Beseitigung der Liebesgaben geplant ist, ist sehr zweifelhaft; die Agrarier wenden sich mit Zähnen und Nägeln dagegen, die Regierung würde also einen schweren Stand haben, wenn sie eine Beseitigung der Liebesgaben plant.

Worin aber die Reform der Branntweinsteuer bestehen soll, wenn nicht in einer Beseitigung der Liebesgaben, weiß ich nicht. Es ist also nicht vorzuzusehen, wie die neuen Steuerentwürfe beschaffen sein werden, wir müssen ruhig abwarten, bis die Regierung sie dem Reichstage unterbreitet. Vielleicht gibt sie bald ihr Steuerprogramm bekannt.

Wenn man berücksichtigt, daß, soweit zu übersehen ist, von den neuen indirekten Steuern eine Einnahme von 300 Millionen zu erwarten ist, so wird man einsehen, daß wir uns noch auf weit höhere Beträge aus der Besteuerung gefaßt machen müssen, denn diese Summe reicht zur Deckung des Defizits nicht aus. Ich glaube also, nicht fehlergehen in der Annahme, daß noch andere und weit höhere Steuern geplant werden. Selbstverständlich werden die Arbeiter durch die Steuern am meisten belastet.

Deutschland geht schon jetzt allen Staaten in der Steigerung der indirekten Steuern voran. Diese sind innerhalb der letzten fünfundsanzig Jahre von 7,15 auf 26,52 Mk. pro Kopf gestiegen. Für eine Familie von 5 Köpfen macht das 133 Mk. jährlich aus. Dazu kommt, daß die indirekten Steuern auf die arbeitenden Klassen noch in besonderer Hinsicht schlimmer einwirken als auf die Besitzenden. Sie wirken nicht nur wie eine Kopfsteuer, sondern progressiv nach unten, wie sich aus folgendem ergibt. Die Lebensmittel, die die Besitzenden kaufen, sind von besserer Qualität als die, die die Arbeiter sich leisten können. Aber beide Qualitäten sind mit der gleichen Steuer belastet, so daß die Besitzenden Klassen auch hier wieder bevorzugt sind. Das erkennt auch Adolf Wagner an; er gibt dadurch die Wichtigkeit dessen zu, was wir seit Jahrzehnten behauptet haben. Auch er sagt, daß die indirekten Verbrauchssteuern und Zölle auf Massenkonsumartikel die unteren Klassen relativ schwerer, als die oberen belasten.“ Und doch sollen die unteren Klassen nach diesem System noch schwerer belastet werden! —

Die Nachrichten über die neuen Steuerprojekte sind aber bisher nur durch die Presse gegangen. Die Regierung scheint es darauf abgesehen, durch verwirrende Nachrichten eine Unordnung in die Belämpfung der neuen Steuerpläne zu bringen. Es besteht dabei eine bestimmte Absicht: die Massen sollen getäuscht werden, damit sie sich über die neuen Lasten nicht klar sind. Aber das steht fest, daß alle Steuerobjekte außerordentlich schwer betroffen werden sollen.

Ich hebe besonders den Tabak hervor. Es wird uns nicht erspart bleiben, daß die Zigarrenindustrie mit der Wandrohlensteuer bedacht wird. Zwar ist in der Presse auch die Rede von einer Erhöhung des Gewichtszolles. Der Zoll von 85 Mk. pro Doppelzentner ausländischen Tabaks soll auf 150 Mk. erhöht werden. Auch diese Besteuerung würde noch nicht die Summe von 150 Millionen ergeben, die mindestens aus dem Tabak herausgeschlagen werden soll; es muß also noch eine weitere Besteuerung in bezug auf den Tabak beabsichtigt sein, nämlich die Wandrohlensteuer. Sie bedeutet aber den Ruin aller

kleinen Existenzen in der Tabakindustrie. Zehntausende von Arbeitern würden dadurch arbeitslos, die Konzentration der Tabakindustrie durch das Großkapital würde dadurch gefördert. Man spricht so viel von Mittelstandspolitik, aber die Steuerpläne der Regierung schlagen jeder Mittelstandspolitik ins Gesicht. Die Erhöhung der Tabaksteuer von 1879 durch den Zolltarif hat nicht nur weit über 10 000 Arbeiter brotlos gemacht, sondern auch eine ganze Reihe kleinerer Existenzen vernichtet. Anstatt Mittelstandspolitik betreibt man Mittelstandsmord. Man spricht davon, daß man mit dieser neuen Belastung dem Monopol zusteure. In der Tat würden die neuen Steuern mit den kleinen Existenzen aufräumen, so daß die Bahn für das Monopol frei wäre.

Die geplante Licht- und Kraftsteuer, die etwa 30 Millionen einbringen soll, würde ebenfalls den Mittelstand sehr belasten, indem sie die Produktion der kleinen Unternehmer, die diese Kraftquellen benutzen, erschwert. Den kleinen Unternehmern ist es nicht so leicht wie den Großkapitalisten, die Steuern auf die Konsumenten abzumägen. Diese Steuern werden also auch wieder die Wirkung der Konzentration des Kapitals haben und damit zur weiteren Verschärfung des Klassenkampfes führen.

Auf die Besprechung der weiteren Steuerprojekte muß ich mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit verzichten. Zweifellos wird die Vordemokratie des Reichstages durch die neue Steuerentwürfe ins Gedränge kommen. Die Freisinnigen werden vom Zentrum zur Bewilligung gedrängt. Das Zentrum hat sich der Regierung zur Hilfe im äußersten Falle bereits angeboten und dadurch kommen die Freisinnigen, die Regierungspartei bleiben wollen, in die Klemme und werden unter das laubmische Joch kriechen müssen. Das Zentrum befindet sich in günstigster Position. Trotzdem es der Regierung keine Hilfe anbietet und die Freisinnigen dadurch zur Bewilligung drängt, führt es Opposition gegen einzelne Projekte. Diese demagogische Haltung des Zentrums muß von der Sozialdemokratie kritisiert werden. Wir müssen feststellen, daß das Zentrum mitschuldig ist an dem Unglück, das durch die neuen Steuern über die Massen gebracht wird. Die Gefahr, daß die neuen Steuern von der Vordemokratie bewilligt werden, ist groß. Dabei muß die sozialdemokratische Partei gegen die neuen Lasten, die im Reich dem Volke aufgeschleppt werden sollen, die schärfste Opposition machen. Unsere Forderungen sind in der Resolution niedergelegt, die Ihnen unterbreitet worden ist. Wir protestieren gegen dieses System der Ausplünderung der Massen und kämpfen dagegen mit aller Macht an. Die Massen müssen aufgerufen werden zum Kampf gegen die neue und ungeheure Belastung, die durch die neuen Steuerprojekte geplant ist. (Lebhafte Beifall.)

Die Resolution 124 wird hierauf einstimmig angenommen.

Darauf erstattet ihren Bericht die

**Beschwerdekommision.**

Berichterstatter ist Genosse

**Eger-Leipzig:** Der erste Fall betrifft einen Antrag von Dabrunsch Berlin auf Wiederaufnahme in die Partei. Der fünfte Berliner Wahlkreis hatte ihn ausgeschlossen, weil er einen Genossen in verheimlichter Weise des Umgangs mit der Kriminalpolizei bezichtigt hatte und weder in den Vorstandssitzungen noch in der Schiedsgerichtsverhandlung Beweise für seine Behauptung hatte beibringen können. Beschwerde bei der Kontrollkommission hat er nicht eingelegt. Die Beschwerdekommision empfiehlt dem Parteitag, dem Antrag auf Wiederaufnahme in die Partei nicht stattzugeben.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Der zweite Fall betrifft das im Jahre 1899/1900 von der Dortmunder Organisation aus der Partei ausgeschlossene ehemalige Mitglied W. Siebel. Er hat einen von einigen Genossen mitunterschiedenen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens von 1899 an den Parteitag gestellt, also nicht, wie es dem Statut entsprechen würde, einen Antrag auf Wiederaufnahme in die Partei. Er behauptet, ihm sei jederzeit keine Gelegenheit zur Verteidigung gegeben worden, weil er wegen einer dringenden geschäftlichen Reise nicht habe erscheinen können und die Ausschlußsitzung trotzdem abgehalten worden sei. Der Ausschluß ist wegen Streitereien erfolgt und weil er Artikel über interne Parteivorgänge an die bürgerliche Presse gerichtet hat. Der Dortmunder Vertreter bestreitet seine Behauptung über die nicht genügende Gelegenheit zur Verteidigung. Eine Wiederaufnahme des Verfahrens sieht das Organisationsstatut nicht vor, und eine Prüfung des Materials aus jener Zeit ist ja auch kaum möglich. Die Beschwerdekommmission empfiehlt daher dem Parteitag, den Antrag Siebels abzulehnen.

Sachse-Vochum: Siebel ist bei mir gewesen und hat mir dieselben Gründe genannt, die der Berichterstatter schon vorgetragen hat. Er beruft sich weiter darauf, ein Vorstandsmitglied habe ihm gesagt, der Dortmunder Verein sei gar nicht in der Lage, ihn auszuschließen, sondern das könne nur im Schiedsgerichtverfahren geschehen. Der Mann behauptet, es sei ihm unrecht geschehen.

Seger: Bereits der vorjährige Parteitag hat beschlossen, und daraus müßte es Siebel wissen, daß der damalige Verein in Dortmund statutengemäß sehr wohl berechtigt war, ihn aus der Partei auszuschließen. Die Wiederaufnahme des früheren Verfahrens ist unmöglich. Es ist Siebel anheimzustellen, sich in der Organisation von neuem zu melden und seine Wiederaufnahme in die Partei zu beantragen; dann wird darüber verhandelt werden.

Der Parteitag beschließt nach dem Antrag der Beschwerdekommmission.

Die dritte Angelegenheit betrifft den Ausschluß des ehemaligen Parteigenossen Sprenger in Mannheim. Er ist vor etwa 2 1/4 Jahren wegen Streifbruchs aus der Partei ausgeschlossen worden; er hat in einer Fabrik, in der er als Packer tätig war, zwei Tage Arbeiten verrichtet, die den gelernten Arbeitern zutommen; gewerkschaftlich organisiert war er nicht. Er beantragt Wiederaufnahme in die Partei. Die Beschwerdekommmission empfiehlt, dem zuzustimmen und, wie es ja auch die Gewerkschaften tun, ein solches Streifvergehen nach einer gewissen Zeit als gesühnt zu erachten, zumal der Fall hier ganz besonders milde liegt und Sprenger jahrelang als organisierter Parteigenosse seine Pflicht getan hat.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Der vierte Fall betrifft das ehemalige Parteimitglied Paul Jahn in Berlin. Die Angelegenheit hat schon mehrere Parteitage beschäftigt, noch der Essener Parteitag hat den Antrag auf Wiederaufnahme in die Partei, der jetzt wiederholt ist, abgelehnt. Jahn beruft sich nun auf die Befürwortung Zubeils; dieser hat der Kommission erklärt, daß er besondere Gründe nicht vorbringen könne, sondern nur den allgemeinen Grund, daß, wenn ein Vergehen gesühnt sei und der Fall nicht sehr schwer liege, man es mit einer kurzen Ausschlusszeit bewenden lassen solle. Die Kommission empfiehlt indes dem Parteitag die Ablehnung des Antrages.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Fünftens liegt ein Antrag des ehemaligen Parteigenossen Schröder in Berlin vor auf Wiederaufnahme in die Partei. Er ist vor zwei Jahren aus-

geschlossen worden, weil er Parteigelber unterschlagen, Listen gefälscht und Parteigenossen zu Unrecht dieser Vergehen bezichtigt hat. Die Kommission ist der Ansicht, daß dem Antrag für jetzt wenigstens nicht stattgegeben werden kann und empfiehlt Ablehnung, wie es der vorjährige Parteitag schon getan hat.

Der Parteitag beschließt so.

Der sechste Fall betrifft den Leiter des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes Wiesenhal in Berlin. Der vorjährige Parteitag hat lediglich auf Rücksicht auf die Verhandlungen des Parteivorstandes mit den Lokalorganisationen wegen Verschmelzung mit den Zentralverbänden beschlossen, daß der Ausschluß aus der Partei vorläufig unterbleiben solle, und die Angelegenheit dem diesmaligen Parteitag zur Erledigung übertragen. Gründe für den Ausschluß sind das organisationszersplitternde und arbeiterschädigende Treiben Wiesenhals, ferner die Verleumdungen, die er sich den Leitern des Metallarbeiterverbandes in Berlin gegenüber schuldig gemacht hat. Die Kontrollkommission hat in Uebereinstimmung mit der Entscheidung des Schiedsgerichts den Antrag der Kreisorganisation auf Ausschluß abgelehnt, weil Mitglieder der Hochlegerorganisation erklärt haben, die Abspaltung vom Metallarbeiterverband wäre auch ohne Zutun Wiesenhals erfolgt. Gegen die Entscheidung der Kontrollkommission ist dann Rekurs an den Parteitag in Essen eingelegt worden. Der Antrag der Beschwerdekommmission geht dahin, der Beschwerde gegen den Nichtausschluß Wiesenhals beizutreten und damit Wiesenhal aus der Partei auszuschließen.

Maier-Seidelberg ergänzt die Ausführungen des Berichterstatters dahin, daß Wiesenhal bei seiner mündlichen Vernehmung der Kommission des Essener Parteitages erklärt hat, er würde unter keinen Umständen mehr aus dem Allgemeinen Metallarbeiterverbande austreten, lieber lasse er sich hängen; das habe die Essener Kommission bestimmt, seinen Ausschluß aus der Partei zu empfehlen.

Der Parteitag beschließt gemäß dem Antrag der Beschwerdekommmission.

Der siebente Fall des Genossen Moritz-Hamburg hat die Parteinstanzen schon mehrere Male beschäftigt. Er hat bei der zuständigen Parteiorganisation den Antrag auf Ausschluß eines Genossen aus der Partei gestellt, gegen den ablehnenden Entscheid des Vorstandes Beschwerde beim Landesvorstand erhoben, dann beim Parteivorstand, dann bei der Kontrollkommission, ob alle diese richtig gehandelt hätten. Die Beschwerdekommmission empfiehlt dem Parteitag, die nunmehrige Beschwerde von Moritz gegen den Parteivorstand und die Kontrollkommission zurückzuweisen.

Der Parteitag beschließt so.

Der letzte Bericht betrifft die Angelegenheit Keilung-Wüdesheim in Oberhessen, der Berufung gegen die Entscheidung der Kontrollkommission eingelegt hat. Er ist wegen ehroser Handlungen vom Ortsverein aus der Partei ausgeschlossen. Ein Schiedsgericht hat den Ausschluß aufgehoben, da ein Ortsverein aus der Partei nicht ausschließen kann, und hat dem Genossen für sein Verfahren eine Rüge erteilt und ihm gesagt, er möge sich an einem anderen Orte wieder in die Partei aufnehmen lassen. Hiergegen hat der Ortsverein Beschwerde bei der Kontrollkommission erhoben. Diese hat die beiden vorhergehenden Urteile aufgehoben und nach sachlicher Prüfung der Materie beschlossen, daß Keilung wegen ehroser Handlungen aus der Partei ausgeschlossen werde. Die Beschwerdekommmission beantragt die Zurückweisung der hiergegen eingelegten Beschwerde Keilings.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Es folgt der Bericht der Kommission über die  
Jugendorganisation.

Dazu liegt die Resolution 139 mit der dazu gehörigen Deklaration vor.

Berichterstatter der Kommission ist Genosse

Saase-Königsberg: Sie werden es verstehen, wenn ich bei der vorgerückten Zeit des Parteitagcs mich mit dem proletarischen Erziehungsproblem nicht beschäftigen, sondern mich auf die Frage der Jugendorganisation beschränke. Im Namen der Kommission, die sich auf der Ihnen vorgelegten Resolution nebst der ihr beigelegten Deklaration geeinigt hat, habe ich Sie zu bitten, en bloc unseren Beschluß anzunehmen. Die Kommission nimmt nicht etwa an, daß sie eine endgültige Lösung der Organisationsfrage gefunden hat, aber sie ist nach gründlicher Beratung zu der Auffassung gelangt, daß in der gegenwärtigen Situation etwas Besseres nicht gefunden werden kann. Der empfohlene Weg ist in jedem Falle sehr wohl geeignet, die Erziehung der proletarischen Jugend zu fördern. Sollte aus dem Bedürfnis der Praxis eine andere Organisationsform herauswachsen, so wird die Partei sicherlich nicht verkümmern — im Einverständnis mit den Gewerkschaften — das Bessere an die Stelle des Guten zu setzen. Wir haben uns den Vorschlägen der Parteileitung in den meisten Punkten anschließen können. Eine wesentliche Aenderung bezieht sich auf Absatz 5 der Resolution der Parteileitung, der sowohl in Parteiversammlungen wie namentlich auch auf den Tagungen der Jugendlichen die allerschärfste Anfechtung erfahren hat. Nachdem in der Resolution in den Absätzen 3 und 4 die Aufgaben der Jugendbewegung dargelegt sind, heißt es im Absatz 5: „Damit diese Zwecke auch ohne besondere Jugendorganisationen erreicht werden können, sind in den einzelnen Orten Kommissionen für die Jugendorganisation zu bilden.“ Dieser in Vorschlag gebrachte Wortlaut hat, wie auch die dem Parteitag vorliegenden zahlreichen Entwürfe beweisen, vielfach die Ansicht hervorgerufen, daß den selbstständigen Jugendorganisationen damit das Lebenslicht ausgeblasen werden soll. Genosse Müller hat nun bereits in seinem Geschäftsbericht im Auftrage des Parteivorstandes ausgeführt, daß dies nicht beabsichtigt sei, daß jene ominösen Worte falsch ausgelegt worden seien. Wir haben, um jede Mißdeutung auszuschließen, diese Worte gestrichen, so daß der Absatz 5 jetzt lautet:

„Zu diesem Zwecke sind in den einzelnen Orten besondere Kommissionen zu bilden.“

Wir sind aber noch darüber hinaus der Meinung gewesen, daß die bloße Streichung dieses Passus nicht ausreicht, sondern haben es für erforderlich gehalten, unserer Auffassung durch eine Deklaration eine bestimmte, klare Deutung zu geben. Sie lautet:

„Die Resolution ist so aufzufassen, daß der Betätigung von Lokalen Jugendorganisationen unpolitischer Charakters, die unter Mitbestimmung Erwachsener ihre Verwaltung selbst führen, nichts im Wege steht.“

Die selbstständigen Jugendorganisationen sind eine Schöpfung der Jugendlichen selbst. Früher als Partei und Gewerkschaften haben die Jugendlichen erkannt, wie wichtig die Zusammenschaffung der proletarischen Jugend für den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse ist. Dieses Verdienst ist auch auf dem Gewerkschaftskongreß anerkannt worden. Die Jugendlichen haben sich früher geteilt als wir, und haben sich dadurch schon das Existenzrecht erkämpft. Die bestehenden unpolitischen Organisationen sind auch im Rahmen des neuen Vereinsgesetzes zulässig. Es kann deswegen nicht die Aufgabe der Partei, ebenso wenig wie die Aufgabe der Gewerkschaften sein, diesen Jugendorganisationen ein Ende zu bereiten. Die selbstständigen Jugendorganisationen

können freilich nicht eine Einrichtung der Partei als solcher sein. Sie können schon aus vereinsgesetzlichen Gründen der Partei nicht organisatorisch angegliedert werden. Aber unpolitische Jugendorganisationen, die aus innerer Kraft heraus an dem Werke der Erziehung der proletarischen Jugend arbeiten, werden sich immer wieder Anerkennung erringen. Nach der Deklaration haben wir es aus Erziehungsgründen für selbstverständlich gehalten, daß — soweit solche selbstständigen Jugendorganisationen existieren — sie die Selbstverwaltung haben. Nur dann wird Lust und Liebe der Jugendlichen für solche Organisationen geweckt werden können, nur dann können die Jugendlichen zum starken Verantwortlichkeitsgefühl, zur Selbständigkeit gelangen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu gefestigten Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranreifen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wir sind davon ausgegangen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalorganisiert sein sollen. Ich habe — namens der Kommission — zu erklären, daß damit nicht ausgesprochen worden ist, daß den Organisationen etwa ein Verbindungsverbot auferlegt werden soll. Es ist sehr wohl zulässig, daß sich eine Zentralkstelle bildet, etwa zur Sammlung von Material. Aber was mit aller Bestimmtheit hat ausgeschlossen werden sollen, ist eine Zentralisierung der lokalen Organisationen. Von allen anderen Gründen abgesehen, ist eine Zentralisation schon deswegen unmöglich, weil Gebilde, die noch gar nicht fertig sind, die sich erst entwickeln sollen, nicht schon zu einer Zentralisation zusammengefaßt werden können. Wir haben es nicht für nötig gehalten, noch besonders auszusprechen, daß die Grenze des Lebensalters für die Mitglieder dieser Organisation das vollendete 18. Lebensjahr sein soll. Dies ist die von selbst gegebene Grenze. In der Resolution ist zunächst festgestellt, was die Partei als solche für Aufgaben zu erfüllen hat. Es sollen selbstständige Kommissionen, die aus Vertretern der Partei, der Gewerkschaften und aus Vertrauenspersonen der Jugendlichen zusammengesetzt sein sollen, gebildet werden. Auch in diesen Kommissionen sollen die Jugendlichen gehört werden, es soll nicht über ihre Köpfe hinweg entschieden werden. Diese Kommissionen werden ihr Augenmerk vor allem darauf zu richten haben, daß überall Jugendheime errichtet werden, die einen Sammelplatz für die Jugend bilden. Es ist in der Kommission betont worden, wie wichtig solche Jugendheime für die Erziehung gerade unserer proletarischen Jugend sind. Es müssen freundliche, behagliche Räume sein, in denen die Jugend edle Geselligkeit pflegen kann. Weg von den Straßen, weg aus den Kneipen — das muß das Motto der Jugendlichen sein. Wichtig ist es nun, wie die Erwachsenen ihren Pflichtenkreis ausfüllen. Und in dieser Beziehung sage ich, daß die besten Parteigenossen, die besten Gewerkschaftler nur gerade gut genug sind, um diesen Platz einzunehmen. (Sehr richtig!) Der ganze Erfolg wird wesentlich davon abhängen, welche Personen an der Spitze stehen. Es darf niemand in den Sinn kommen, als Schulmeister der Jugendlichen aufzutreten zu wollen und etwa die Schuljahre für die Jugendlichen zu deren Qual zu verlängern. Nur Persönlichkeiten, die sich in die jugendliche Seele zu versenken vermögen, die liebevoll mit den Jugendlichen zusammen arbeiten können und wollen, dürfen zu dieser Arbeit berufen werden. Das Jugendorgan, das der Parteivorstand ins Leben rufen will, wird die Aufgaben auf diesem Gebiete unterstützen müssen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der Parteivorstand sein Bestes daransetzen wird, das Organ auszugestalten. Wir sind nicht im Zweifel darüber gewesen, daß die Herausgabe des Organes



dem Parteivorstand zu überweisen ist. Den Bildungsausschuß damit zu betrauen, wie es angeregt ist, ist schon deshalb nicht angängig, weil es sich hier um eine finanzielle Frage handelt. Allerdings muß der Bildungsausschuß innerhalb seiner Kompetenz mit herangezogen werden. Wir haben in der Resolution den Schluppassus wiederholt, den Sie auch in der Resolution des Parteivorstandes und des Gewerkschaftskongresses finden. Es ist gesagt, der Passus sei überflüssig. Was darin ausgesprochen ist, verstehe sich von selbst. Daß die Jugendlichen in ihren Organisationen, die ja nur unpolitisch sein können, nicht die politischen Parteifragen entscheiden können, das ist ja schon gesetzlich ausgemacht. Aber es bestand die Befürchtung, daß sie übergreifen könnten in das Gebiet, das den Gewerkschaften vorbehalten bleiben muß, daß sie die Kreise der Gewerkschaften stören könnten. Ich habe zu erklären, daß damit nur gemeint sein soll, die Jugendorganisation darf nicht in Lohnkämpfe der Gewerkschaften eingreifen. Keineswegs ist es den Jugendlichen verwehrt — ja, das wird geradezu ihre Aufgabe sein — die Mißstände in der Behandlung der Lehrlinge und der jugendlichen Arbeiter festzustellen, Material zu sammeln, Anregungen zu geben, und die Lehrlingsprüfungskommissionen, welche die Gewerkschaften einsehen sollen, werden dankenswerte Anregungen, dankenswerter Material aus diesen Kreisen erlangen. So werden alle Konflikte vermieden, so, glaube ich, wird ein Feld einer reichen Betätigung geschaffen. Parteigenossen und Parteigenossinnen! Ihre, der Delegierten Aufgabe wird es sein, wenn Sie nach Hause kommen, die Genossen und die Genossinnen anzufeuern, daß sie ihre Kinder der Jugendbewegung zuführen, damit wir bald alle Organisationen, die von katholischer und anderer Seite gegründet worden sind, überflügeln. Wenn wir schon in das Herz des Kindes innerhalb der Familie die Saat des Sozialismus streuen; wenn wir die Kinder später der Jugendorganisation zuführen und dadurch vor geistiger Verblöding und vor sittlicher Verwahrlosung schützen; wenn wir sie erfüllen mit der Glut des Idealismus, der das Proletariat auf die Höhe seiner historischen Aufgabe emporhebt, dann werden wir ihnen selbst einen vollen Lebensinhalt geben, und wir werden auf dem Vormarsch zu unserer hohen Ziele unüberwindbar sein. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird die Resolution 129 mit der Deklaration debattelos einstimmig angenommen.

**Sänger:** Ich stelle die einstimmige Annahme fest und wünsche und hoffe, daß die neue Waffe, die die Partei sich geschmiedet hat, dazu beitragen wird, die Jugend mit dem Geiste des Sozialismus zu erfüllen, damit sie demaltestens als Mitstreiter in dem Kampf für die Befreiung des Proletariats tatkräftig mitwirken kann. (Bravo!)

Es folgt die Beratung der Anträge, die sich auf die

#### Agitation

Beziehen: Anträge 8, 9, 10, 11, 109 und 110.

Die Anträge 10, 11 und 109 werden nicht unterstützt, es stehen also nur die Anträge 8, 9 und 110 zur Debatte.

Antrag 8 wird von

**Leber-Zena** begründet: Der Parteivorstand hat uns ja in den letzten Jahren eine ganze Masse Agitationsmaterial geliefert. Die Parteikorrespondenz, so Flugblätter, in denen die Tätigkeit der Gegner beleuchtet wird, das parlamentarische Handbuch, das nach jeder Legislaturperiode erscheint. Aber uns fehlt das Material, das unseren Gegnern, den Reichsverbändlern und Antis-

miten über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei im Reichstag zur Verfügung steht: sie konnten angeben, wie die sozialdemokratische Partei sich zu jedem einzelnen Gesetz gestellt hat. Ganz dasselbe müssen wir auch über die Abstimmungen unserer Gegner im Reichstag besitzen. Ein solcher Leitfadens, vielleicht in Buchform, würde der Agitation sehr viel nützen.

**Hannukh-Berlin:** Dieser Antrag könnte höchstens der Parteileitung zur Erwägung überwiesen werden. Der Parteivorstand hat zunächst noch einen Beschluß des Parteitagés in Essen auszuführen: die Herausgabe einer Zusammenstellung der von der sozialdemokratischen Partei im Reichstage gestellten Anträge in chronologischer Reihenfolge. Diese Arbeit ist noch nicht abgeschlossen, sie ist noch in Korrektur. Uebrigens war es eine Aufgabe, die außerordentliche Mühe gemacht hat. Nun will der Antrag, daß über die Tätigkeit jeder bürgerlichen Partei im Reichstag dieselbe Ueberlicht gegeben wird, ja, man hat sich nicht einmal darauf beschränkt, etwa nur die letzte Legislaturperiode in Betracht zu ziehen. Im laufenden Geschäftsjahr kann der Antrag, so wie er lautet, nicht erledigt werden. Bleibt er aber unerledigt, so gibt das nur Anlaß zu unbegründeter Kritik an der Parteileitung. (Zustimmung.)

Der Antrag wird dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Den Antrag 9 beantragt

Genossin Grünberg dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen. Die Ueberweisung wird debattelos beschlossen.

Den Antrag 110 begründet

**Ziele-Halle:** Ueber die Notwendigkeit, die elenden Rechtsverhältnisse der ländlichen Dienftboten zu verbessern, brauche ich nicht erst zu reden. Das weiß jeder von uns. Leider besteht keine Hoffnung, daß die Einzelstaaten oder das Reich zu einer solchen Besserung die Hand bieten werden. Wären die bürgerlichen Parteien hierzu gewillt gewesen, so hätten sie bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches die beste Gelegenheit dazu gehabt. Sie haben es damals nicht getan und werden es heute nicht tun. Nur ein Beispiel will ich dafür anführen, wie unbedingt notwendig es ist, den Dienftboten die Möglichkeit zu geben, durch eine Verkürzung der Kündigungsfrist den Qualen zu entinnen, denen sie unter Umständen ausgesetzt sind. Ich habe hier eine Klage in der Hand, die ein ländliches Dienftmädchen beim Amtsgericht Teuchern eingereicht hat. Sie beschwert sich darüber, daß ihr verheirateter Dienstherr sie in ungebührlicher Weise belästigt habe, so daß sie den Dienst verlassen mußte und klagt nun den rückständigen Lohn in Höhe von 40,50 Mk. ein und auf Herausgabe ihres Dienftbuches. Die Folge dieser Anzeige ist gewesen, daß das Dienftmädchen zu 15 Mk. Geldstrafe wegen unbefugten Verlassens des Dienstes verurteilt worden ist. Noch heute ist sie nicht im Besitz ihres Lohnes und Dienftbuches. Solche Fälle kommen hundertsfach vor. Nun lassen sich aber jetzt schon die Bestimmungen der Dienstordnung aus der Welt schaffen, sobald ein besonderer Vertrag mit genauen Bestimmungen über die Kündigungsfrist usw. abgeschlossen wird. Ich habe einen solchen Vertrag hier, der mit einem konservativen Arbeitgeber sogar abgeschlossen worden ist. Dieser Dienstvertrag lautet: 1. Der Dienstnehmende hat alle seinen Kräften angemessenen Arbeiten in der Haus- und Landwirtschaft des Dienstgebers zu verrichten. 2. Als Vergütung gewährt der Dienstgeber: a) einen monatlich zu zahlenden Barlohn von . . . . b) Wohnung und Beheizung. 3. Werden aus besonderen Anlässen Geschenke gegeben, so sollen diese nicht auf den Barlohn angerechnet oder zurückgefordert werden. 4. Die Kündigungsfrist beträgt 4 Wochen. Die Kündigung aus-

aussprechen, steht dem Dienstgeber sowohl als dem Dienstnehmenden (oder seinem gesetzlichen Vertreter) zu jeder Zeit zu. 5. Für das Dienstverhältnis sind lediglich die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (§ 611—630) maßgebend. Ein solcher Vertrag enthält alles Nötige. Der springende Punkt ist, daß das Gefinde jederzeit kündigen und den Dienst verlassen kann. Diese Bedingung bringt schließlich auch die anderen Verbesserungen mit sich. Deshalb ziehe ich einen solchen Vertragsentwurf dem Stadthagenschen Formular vor, das noch eine Reihe anderer Dinge umfaßt. Die Möglichkeit, derartige Verträge abzuschließen, muß allgemein bekannt werden. In allen Agitationskalendern, in den Zeitungen, in Briefkastennotizen, durch Zirkular des Parteivorstandes an die Parteisekretäre muß auf die Möglichkeit, private Vereinbarungen zu schließen und damit die reaktionäre Dienstordnung außer Kraft zu setzen, hingewiesen werden. Das will der Antrag 110. Ich bitte um seine Annahme.

Der Antrag 110 wird angenommen.

Es folgt eine Gruppe von Anträgen, die

#### Presse und Literatur

betreffen: 55, 57, 58, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68. Hierbon werden unter A fünf die Anträge 55, 58, 61, 63 und 66; 59 ist zurückgezogen.

Sie stehen zur Diskussion.

Der Antrag 55 wird ohne Diskussion angenommen.

Zum Antrag 58 bemerkt

**Hug-Bant:** Der Preis der „Neuen Zeit“ ist an sich nicht hoch; wenn aber die „Neue Zeit“ in den Massen mögliche Verbreitung finden soll, so müßte er noch niedriger sein. Wir wünschen daher, daß der Parteivorstand untersucht, ob eine Verbilligerung der „Neuen Zeit“ möglich ist.

**Singer:** Nach den letzten Worten des Antragstellers darf ich annehmen, daß er wünscht, daß der Antrag dem Vorstande zur Erwägung überwiesen wird. (Zustimmung.)

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Gegen den Antrag 61 wendet sich

**Kfannkuch:** Jedes sozialdemokratische in Deutschland erscheinende Blatt steht unter einer Preiskommission. Diese wird schon Remedur schaffen, wenn die in dem Antrag gerügten Uebelstände eintreten.

Der Antrag 61 wird abgelehnt. Der Antrag 63 wird ohne Diskussion angenommen.

Den Antrag 66 begründet

**Hudolph-Frankfurt a. M.:** Aus dem Material, das uns veranlaßt hat, den Parteivorstand zu ersuchen, sich um die Preisfestsetzung zu kümmern, möchte ich einiges mitteilen. Die einzelnen Agitationsbezirke sind erfreulicherweise bestrebt, ihren Literaturvertrieb möglichst zu heben, aber unsere Buchhandlungen erfordern bedeutende Zuschüsse, auch die in Frankfurt a. M. Bei dem Vertrieb der Maizeitung wurde bei einem Bedarf von 8000 Exemplaren der Preis auf 5 Pf. festgesetzt. Denselben Preis brauchten aber auch die nur zahlen, die lediglich zehn Exemplare bezogen. Als Eisners Buch „Das Ende des Reiches“ herauskam, betrug der Verkaufspreis 5 Mk., netto 3,50 Mk., auch noch am 5. April vorigen Jahres. Aber bereits 14 Tage früher, am 21. März, wurde dasselbe Werk in der „Waldhauer-Zeitung“ für 2,50 Mk. angeboten. Natürlich konnten wir da die Bestände, die wir für 3,50 Mk. angekauft hatten, nicht los werden. Von dem Buch „Die Berliner Arbeiterbewegung“ von Bernstein wurde den Berliner Genossen das Heft für 20 Pf. geliefert, während der Verkaufspreis im übrigen 30 Pf. beträgt. Liebfriedrichs Hochverratsbroschüre kostete 50 Pf., netto 35 Pf. Den Gewerkschaften aber

wurde diese Broschüre ohne Umschlag für 15 Pf. angeboten. Auf Grund dieses Materials, das ich natürlich noch weit vermehren könnte, bitte ich Sie, unseren Antrag anzunehmen.

**Engler-Freiburg** spricht ebenfalls für den Antrag. Wir haben im letzten Jahre 100 Broschüren über die Alkoholfrage für 20 Pf. bezogen und wenige Tage darauf konnte die Generalkommission die Mitteilung machen, daß sie die Broschüren für 10 Pf. zur Verfügung stellt.

**Bruns-Berlin:** Die Einrichtung der Herausgabe von billigen Agitationsbroschüren besteht schon seit vielen Jahren. Die Buchhandlung Vorwärts kann nicht nur danach sehen, daß die einzelnen Parteibuchhandlungen Geschäfte machen; sondern sie muß auch dafür sorgen, daß die Literatur in den Parteikreisen zur Verbreitung kommt. Deshalb stellt sie stets sogenannte Agitationsausgaben auf billigem Papier her. Bei einer Reihe von Broschüren hat die Vorwärtsbuchhandlung nichts verdient, sondern Zuschüsse geleistet. Auch von der Broschüre über die Alkoholfrage ist eine billige Massenausgabe erschienen und eine andere auf besserem Papier, die durch die Buchhandlungen vertrieben worden ist. Wenn die Buchhandlung Vorwärts nicht in Kommission liefert, so deshalb, weil sie sonst von unseren Parteibuchhandlungen, deren Organisation manchmal zu wünschen übrig läßt, eine Masse Makulatur zurückbekommen würde. Der Preis der „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“ für Berlin beruht auf einem Uebereinkommen der Buchhandlungen Vorwärts mit den eigentlichen Herausgebern, nämlich den Berliner Parteigenossen. Der Parteivorstand hat natürlich auch jetzt schon das Recht, die Preisfestsetzung der Buchhandlung Vorwärts zu überwachen.

**Hudolph-Frankfurt a. M.:** Auch wir wollen selbstverständlich den Vertrieb der Literatur in keiner Weise eingeschränkt sehen. Aber der Vertrieb der Broschüren muß so erfolgen, daß eine Schädigung der Parteibuchhandlungen dabei unterbleibt. Sehr gut ist, wenn Bruns sagt, wenn die Buchhandlung Vorwärts in Kommission liefert, würde sehr viel Makulatur zurückkommen. Bei dem heutigen Geschäftsgebaren bleibt die Makulatur auch, aber bei uns in den Buchhandlungen. Die Buchhandlung Diez liefert auch an Vereine und Bibliotheken zu äußerst niedrigen Preisen. Da sind in einem Zirkular 40 Bände angeführt, die reell 140 Mk. kosten, aber 60 Mk. geliefert werden. Unsere Buchhandlungen können sie nur für 98 Mk. bekommen. Derartige Kollektionen werden natürlich meist von Vereinen bestellt und dann direkt beim Verlag, wo sie es billiger bekommen. Wenn es bei der bisherigen Praxis bleibt, müssen wir in Frankfurt ernstlich überlegen, ob wir überhaupt noch unsere Buchhandlung aufrechterhalten sollen. (Hört! hört!)

**Parteisekretär Müller-Berlin:** Ich empfehle Ihnen, den Antrag dem Vorstand zur Erwägung zu unterbreiten. Wir werden das Material prüfen und dann dazu Stellung nehmen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die Buchhandlung Vorwärts im letzten Jahre eine ganze Anzahl billiger Agitationsbroschüren zum Teil zum Selbstkostenpreis herausgegeben hat, und daß sie nach dem Bericht an den Parteitag bei einem Umsatz von 563 737,49 Mk. nur 28 000 Mk. Ueberschuß geliefert hat. Man kann also nicht sagen, daß sie kapitalistisch betrieben wird.

Der Antrag 66 wird hierauf dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

**Singer** teilt mit, daß der Antrag 140 der Kontrollkommission eingegangen ist.

Es werden nunmehr die Anträge 60, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 123, 128 und 140 zur Debatte gestellt. Nur der Antrag 60 wird nicht unter A fünf. 114 ist zurückgezogen.